

Aus der Niederschrift über die 5. Sitzung des Gemeinderates vom 22. April 2010

Tagesordnung

A) Öffentlicher Teil

01. Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2008
02. Vergabe von Arbeiten
 - Ensdorf Süd I Endstufenausbau
03. Bebauungsplanverfahren L 140, Ortsumgehung Bous 1. BA – Anbindung Stahlwerke Bous
 - Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens
04. Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Gemeinde Ensdorf für 2010
05. Niederschrift über die Sitzungen des Gemeinderates
 - a) vom 17. Dezember 2009
 - b) vom 04. Februar 2010
06. Mitteilungen und Anfragen

B) Nichtöffentlicher Teil

07. Ehrung von Bürgerinnen und Bürgern
08. Personalangelegenheiten
09. Mitteilungen und Anfragen

Verlauf der Sitzung

A) Öffentlicher Teil

TOP 1: Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2008

Der Vorsitzende stellt die Eröffnungsbilanz zum 1.1.2008, die der Grundstein für die doppische Buchführung ist, vor und teilt mit, dass nach den Wertermittlungen die Bilanz mit einer Bilanzsumme von 37,5 Mio. abschließt.

Das Eigenkapital unter Einbeziehung der Sonderposten belaufe sich auf 19.995.093 €. Mit diesen Werten stünde die Gemeinde Ensdorf zwar immer noch im unteren Drittel aller saarländischen Kommunen, gegenüber der kameralen Buchführung habe man sich aber erheblich verbessert. Dies wird auch von dem anwesenden Wirtschaftsprüfer Hayno Reichertz, der die Prüfung der Eröffnungsbilanz vorgenommen hat, bestätigt.

Herr Reichertz, Wirtschaftsprüfer, erläutert seine Prüfergebnisse anhand von Schaubildern: dem Gesamtvermögen von 37,5 Mio. € (34,1 Mio. € langfristig / 0,5 Mio. € kurzfristig / 0,3 Mio. € liquide Mittel) steht Fremdkapital von ca. 17,5 Mio. € gegenüber, das Eigenkapital unter Einbeziehung der Sonderposten beläuft sich auf rund 20 Mio. €.

Er betont, dass die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden den Sonderrichtlinien des Saarlandes zur Bewertung in der Eröffnungsbilanz entsprechen und wertkonservativ vorgenommen wurden. Hierbei spricht er auch die Bilanzierung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 2,85 Mio. € an, die nach Auffassung des Rechnungshofes des Saarlandes nicht zu bilden seien, weil bereits eine Umlage an die ZVK geleistet werde. Diese Auffassung stünde aber dem Gesetzeswortlaut entgegen. Würde der Gesetzgeber der Auffassung des Rechnungshofes folgen, würde sich das bilanzielle Eigenkapital um diesen Betrag erhöhen.

Insgesamt bescheinigt er der Verwaltung eine ordentliche Arbeit bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz.

Die Frage von **Herrn Spang, CDU**, ob die Eröffnungsbilanz auch in strategischer Hinsicht gut aufgestellt sei, wird von Herrn Reichertz bejaht; er erklärt, dass in der Eröffnungsbilanz mögliche Risiken so gering wie möglich und nach den gesetzlichen Bestimmungen erlaubt gehalten wurden.

Herr Stinnen, SPD, zeigt auf, dass nach der Kameralistik am 31.12.2007 der Fehlbetrag bei ca. 8 Mio. € gelegen habe und einen Tag später in der Eröffnungsbilanz Verbindlichkeiten von 14,3 Mio. € ausgewiesen werden, wovon ca. 11 Mio. € kurzfristige- also überwiegend Kassenkredite-seien. Diesen stünden 3 Mio. € liquide Mittel gegenüber. Dem stünden 12,3 Mio. € nicht aktivierbares Eigenkapital gegenüber. Die Eigenkapitalquote beträgt nur rund 33 Prozent bei bestehenden Verbindlichkeiten, die bereits rd. 38 Prozent der Bilanzsumme von 37,5 Mio. € ausmachen. Er moniert, dass wegen der in den Jahren 2003 bis 2007 zu geringen Steuereinnahmen die Ausgleichsrücklage mit 1,8 Mio € geringer ausfiele als der rechtlich zulässige Höchstwert von 4,1 Mio €. Dies führe dazu, dass bei konstanten Fehlbeträgen wie in den letzten Jahren die Ausgleichsrücklage bald aufgezehrt sei und die Kommunalaufsicht einen Haushaltssanierungsplan fordere.

Er wirft dem Vorsitzenden vor, in seiner nun 14-jährigen Amtszeit und der Alleinherrschaft der CDU die finanzielle Situation zu verantworten. Er fordert ein Konzept, wie die finanzielle Talfahrt gestoppt werden kann, wobei er betont, dass Ausgabenkürzungen allein schon lange nicht mehr ausreichen, sondern dass vielmehr auch Einnahmeverbesserungen angestrebt werden müssen. Seiner Meinung ließen diese sich auch in einer intelligenten Ansiedlungspolitik erreichen, in dem kleine und mittlere Betriebe aus unserer Region akquiriert werden, die auch ihre Gewerbesteuer in Ens Dorf zahlen.

Der Vorsitzende entgegnet, dass er in seiner Amtszeit auf eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik zurückblicken kann, die aber oftmals von der SPD torpediert worden sei und nur deshalb durchsetzbar gewesen sei, weil die CDU die Mehrheit im Gemeinderat besaß. Deshalb wundere er sich über diese neuen Töne aus der SPD. Auch sei für ihn neu, dass die SPD zur Verbesserung der Finanzen Einnahmeverbesserungen anspreche, die in der Vergangenheit auch immer rigoros abgelehnt worden seien, wie im Übrigen jeder von der Verwaltung vorgelegte Haushalt. Die von Herrn Stinnen angesprochene Gewerbesteuer kleiner und mittlerer Betriebe stelle sich in der Praxis so dar, dass diese geringe oder keine Gewerbesteuer zahlen.

Herr Spang, CDU, entgegnet zu den von Herrn Stinnen vorgetragenen Zahlen, dass der Vergleich des kameralen Fehlbetrages mit den Verbindlichkeiten lt. Eröffnungsbilanz sachlich unzulässig und damit falsch sei. Vielmehr sei es nach den Ausführungen des Wirtschaftsprüfers durchaus zulässig und sachgerecht, Sonderposten und Pensionsrückstellung betriebswirtschaftlich dem Eigenkapital zuzuordnen, die Eigenkapitalquote belaufe sich dann auf rund 62,2 Prozent. Festzuhalten wäre aber, dass die SPD sich bislang einer Mitarbeit bei der Gestaltung der kommunalen Finanzen verweigert habe, gerade bei der Beurteilung, wie Einnahmemöglichkeiten ausgenutzt werden könnten.

Nach der Beantwortung von weiteren Einzelfragen von Ratsmitgliedern lässt **der Vorsitzende** über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Gemeinderat beschließt die Eröffnungsbilanz (Anlage 1 und 2) in der der Einladung zur heutigen Sitzung beiliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 2: Vergabe von Arbeiten

- **Neubaugelbiet Ensldorf Süd I Endstufenausbau**

Es liegen keine Wortmeldungen vor, sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat beschließt den Auftrag zur Durchführung des Endstufenausbaus im Neubaugelbiet Ensldorf Süd I der Firma Peter Gross, St. Ingbert, zum Angebotspreis von 264.179,06 € zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 3: Bebauungsplanverfahren L 140, Ortsumgehung Bous 1. BA – Anbindung Stahlwerke Bous

- **Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens**

Der Vorsitzende teilt mit, dass sich zwischenzeitlich die Variante, die von der Gemeinde Ensldorf favorisiert worden sei, als einzig machbare dargestellt habe, nämlich die Anbindung über die Bahn im Bereich der Pulvermühle zum „Hela-Kreisel“, dann zum „Bauhaus-Kreisel“ und zur Ortsumgehung und Querspange. Die Einleitung des Zielabweichungsverfahrens betreffe die Anbindung der Kläranlage zur neu zu errichtenden Straße im Bereich der Pulvermühle.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, wird wie folgt abgestimmt:

In Verbindung mit der Aufstellung des Bebauungsplanes L 140 und der Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ensldorf ist ein Zielabweichungsverfahren gemäß § 6 SLPG durchzuführen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Anträge beim Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4: Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Gemeinde Ensldorf für 2010

Herr Spang, CDU, bittet um Auskunft darüber, wie sich die Erhöhung der Hebesätze, beispielsweise bei der Gewerbesteuer, auswirken würde, zum anderen fragt er nach, wie hoch die Hebesätze in anderen Kommunen seien.

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, man plane für das Jahr 2010 mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 2,47 Millionen Euro. Bei einer Erhöhung um 10 Prozent mache dies einen Betrag von 247.000,- € aus, der dann allerdings um die Gewerbesteuerumlage vermindert werden müsste.

Die Hebesätze der anderen Gemeinden könnten auf der Internetseite des statistischen Landesamtes eingesehen werden, mit dem Hebesatz der Gewerbesteuer befände sich die Gemeinde Ensdorf im oberen Drittel.

Herr Burger, SPD, fragt nach, ob die Entscheidung heute fallen müsse, oder ob man sie auch bis zur Haushaltsplanberatung verschieben könne. Der Vorsitzende führt hierzu aus, die Beschlussfassung könne verschoben werden, allerdings müsse beachtet werden, dass eine rückwirkende Änderung der Hebesätze bis 30. Juni eines Jahres beschlossen sein müsste.

Auf Nachfrage von **Herrn Luxenburger, SPD,** ob eine Anhebung von 420 auf 430 Prozentpunkte tatsächlich die aufskizzierten Mehreinnahmen mit sich brächten, führt der Vorsitzende aus, eine Erhöhung von 420 v. H. auf 430 v. H. ließe lediglich Mehreinnahmen von etwas über 20.000,- € erwarten. Die Erhöhung der Einnahmen um zehn Prozent würden eine Hebesatzerhöhung auf über 460 v. H. erforderlich machen.

Nach der Beantwortung von weiteren Rückfragen wird folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Gemeinde Ensdorf für 2010 in der der Einladung zur heutigen Sitzung beiliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 5: Niederschrift über die Sitzungen des Gemeinderates

a) vom 17. Dezember 2009

b) vom 04. Februar 2010

Es liegen keine Wortmeldungen vor, sodann wird wie folgt abgestimmt:

Gegen die Niederschriften über die 3. und 4. Sitzung des Gemeinderates vom

a) 17. Dezember 2009 und

b) 04. Februar 2010

werden keine Einwendungen erhoben.

Die Niederschriften sind somit angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 6: Mitteilungen und Anfragen

a) Der Vorsitzende teilt mit, dass die Zuschauertribünen des Rasenstadions teilweise, insbesondere aber auf der Seite, auf der sich die Sprecherkabine befindet, in sehr schlechtem Zustand seien. Die Ausschussmitglieder hätten sich im Rahmen eines Ortstermins bereits vor Monaten selbst ein Bild davon machen können. Die Tribünen seien Anfang der 1970er Jahre errichtet worden, zwischenzeitlich hätten sich derartige

Verschiebungen ergeben, dass einzelne Abschnitte nicht mehr verkehrssicher seien. In Absprache mit dem Vorsitzenden des FC Ensdorf und weiteren Vorstandesmitgliedern werde die Gemeinde in nächster Zeit einzelne Tribünenabschnitte sperren, insbesondere im Hinblick auf das F-Jugend-Tourier. Eine andere Lösung biete sich zurzeit nicht an. Alternativ hätte die komplette Seite gesperrt werden können, wobei dann aber Kosten angefallen wären, um Strom und Wasseranschlüsse auf der gegenüberliegenden Tribünenseite vorzuhalten, damit das F-Jugend-Tourier durchgeführt werden kann.

Im Vorfeld habe die Gemeinde nachgefragt, mit welchem Kostenvolumen für die Neuausrichtung der Tribünen gerechnet werden müsse. Eine Baufirma habe zwischenzeitlich ein Angebot eingereicht, das eine Summe von ca. 120.000,- € für die Tribünenseite, auf der die Sprecherkabine sich befindet, umfasst. Ein solches Kostenvolumen sei von der Gemeinde kurzfristig auf keinen Fall zu stemmen.

In Absprache mit den Verantwortlichen des FC Ensdorf sei auch diskutiert worden, wie längerfristig mit der Gesamtsituation umgegangen werden könne. Dabei sollten auch Überlegungen nicht ausgeschlossen werden, die Anzahl der Tribünenplätze zu reduzieren. In einer der nächsten Sitzungen werde der zuständige Ausschuss erneut mit dieser Angelegenheit betraut.

Auf Nachfrage von **Herrn Stinnen, SPD**, mit welchen Kosten zu rechnen wäre, wenn die Tribünen zurückgebaut würden, teilt der Vorsitzende mit, zusammen mit dem Vorstand des FC Ensdorf wolle man unterschiedliche Lösungen erarbeiten und dann die entsprechenden Kosten hierfür ermitteln.

- b) **Der Vorsitzende** teilt mit, Herr Flesch, CDU, habe in der letzten Bauausschusssitzung darauf hingewiesen, dass weiterhin Mitarbeiter der AWO-Werkstätten die B51 neu trotz Leitplanken überquerten. Da dies ein erhebliches Gefahrenpotential darstellt, bat er darum, dies erneut bei der AWO vorzutragen und anzuregen, einen Fahrdienst seitens der AWO vom Bahnhof zu den Werkstätten einzurichten. Die AWO habe diesbezüglich zwischenzeitlich mitgeteilt, sie wolle ihre Mitarbeiter erneut auf das Gefahrenpotential aufmerksam machen, ein Fahrdienst sei bereits eingerichtet.
- c) Auf Nachfrage von **Herrn Spang, CDU**, wie die Winterschäden im Schwimmbad sich darstellten und wann mit einer Öffnung zu rechnen sei, teilt der Vorsitzende mit, die Schäden am Becken hätten sich als nicht gravierend dargestellt, das Bad werde nach jetzigem Planungsstand an Pfingsten geöffnet werden.
- d) Auf Nachfrage von **Herrn Lay, SPD**, wie der Zustand der Gemeindestraßen nach dem Winter sei, teilt der Vorsitzende mit, im Bereich vor dem Bauhauskreisel seien die Schäden sehr gravierend gewesen, zwischenzeitlich sei dort eine neue Asphaltsschicht aufgetragen. Ebenfalls in sehr schlechtem Zustand sei die Griesborner Straße im Bereich des Hasenbergs, eine komplette Sanierung sei dort aus Kostengründen zurzeit nicht möglich.
- e) **Herr Lay, SPD**, fragt nach dem Zustand der Laufbahn nach, auch, ob die Bäume in diesem Bereich entfernt würden.

Der Vorsitzende teilt mit, die Laufbahn im Bereich parallel zur Prälat-Anheier-Straße werde abgefräst, eine Komplettsanierung sei zurzeit aus Kostengründen nicht möglich.

Herr Burger, SPD, erinnert daran, dass aus Umweltschutzgründen zurzeit ein Rückschnitt der Bäume nicht angezeigt sei.

- f) **Herr Balthasar, SPD**, bat darum, die Niederschriften zukünftig per Mail zu versenden.

Herr Faust, Verwaltung, führt aus, er sehe dies aus Datenschutzgründen als problematisch an, diesbezüglich würde aber eine Anfrage an den Datenschutzbeauftragten des Landes gestellt werden.

Herr Comtesse, GRÜNE, fragt nach, ob die Einladungen, Niederschriften usw. für die Gemeinderatsmitglieder nicht auf Umweltpapier kopiert werden könnten.

Herr Faust, Verwaltung, führt hierzu aus, seines Wissens nach gäbe es immer noch Störungen am Kopierer, wenn größere Mengen auf ökologischem Papier ausgedruckt werden sollten.

- g)** Auf Nachfrage von **Herrn Kaiser, SPD,** wie weit die Planungen für die Verlegung des Haltepunktes der Bahn zum Marktplatz seien, teilt Herr Maas, Verwaltung, mit, seines Wissens nach seien die Planungen im Gange, über den aktuellen Planungsstand werde nachgefragt und entsprechend informiert.
- h)** Auf Nachfrage von **Herrn Becker, FWG,** welche Baumaßnahmen im Bereich des Schulhofes gemacht würden, teilt der Vorsitzende mit, dort werde zurzeit das bereits angekündigte Multifunktionsfeld errichtet. Die Kosten hierfür übernehme das Land. Auf weitere Nachfrage wegen der Kosten für die ehemalige Herstellung des Platzes, teilt der Vorsitzende mit, dieser Schulhofbereich sei keine Gemeindeangelegenheit, vielmehr gehöre dieser Bereich zur Erweiterten Realschule Bous-Ensdorf, die Kosten hätte seinerzeit der Kreis übernommen. Auf Nachfrage hierzu, wer die Pflegekosten übernehme, teilt der Vorsitzende mit, die Unterhaltungskosten des Schulgebäudes und – geländes würden mit dem Kreis abgerechnet.
- i)** Auf Nachfrage von **Herrn Becker, FWG,** wie es mit dem Ergebnis des Wettbewerbes „Die Stroß durch’s Dorf“ weiterginge, führt der Vorsitzende aus, er nehme Bezug auf die zurückliegende Bauausschusssitzung, in der er angekündigt habe, dass in einer der nächsten Bauausschusssitzungen die Angelegenheit erneut behandelt werde.
- j)** **Herr Becker, FWG,** beantragt in der nächsten Bauausschusssitzung die Gesamtproblematik EVS zu behandeln, damit auch erörtert werden könnte, ob Ensdorf nicht aus dem EVS, auch in Bezug auf die Abfallbeseitigung, aussteige, wie dies andere Gemeinden im Nordsaarland bereits beschlossen hätten. Der Vorsitzende führt hierzu aus, die Gesamtproblematik, auch bezüglich der Kosten, seien seitens der Geschäftsführer des EVS den Gemeinderatsmitgliedern erörtert worden. Im Hinblick auf die Gebührensituation sehe er ein Ausstieg beim Einsammeln der Abfälle aus dem EVS als nicht zielführend an. Auch erinnere er daran, dass zu Beginn des neuen Jahres eine Umstellung auf ein mengenabhängiges Gebührensystem in Kraft trete. Parallel ginge dabei einher, dass die Wertstoffhöfe auf Kosten des EVS ausgebaut würden. Hierüber würde verstärkt zurzeit in der Presse, auch im örtlichen Nachrichtenblatt informiert. Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verwertung von Grünabfällen der Gemeinden Ensdorf, Bous und Schwalbach beschäftige sich mit der Erweiterung des Wertstoffhofes in ihrer Sitzung am kommenden Dienstag, die öffentlich sei. Käme, wie vorgesehen, die Erweiterung des Wertstoffhofes und die Einrichtung eines Wertstoffzentrums durch den EVS zustande, sei damit für einen längeren Zeitraum auch klar, dass die Gemeinde Ensdorf nicht beim Abfalleinsammeln aus dem EVS aussteigen sollte, da damit die Frage des Wertstoffhofes und die dortigen Investitionen eng verknüpft seien.

Herr Becker, FWG, führt aus, er wolle die Angelegenheit gleichwohl im nächsten Bauausschuss behandeln.

- k)** **Herr Becker, FWG,** führt aus, seines Wissens nach fänden jährlich 46 Geschwindigkeitskontrollen in Ensdorf statt. Eine so geringe Anzahl an Kontrollen könnte

dem Ziel, dass damit die Verkehrssicherheit erhöht werde, nicht gerecht werden. Aus diesem Grund müsste die Anzahl der Überwachungen gesteigert werden.

- l) Herr Becker, FWG,** regt an, dass eine stärkere Überwachung der Spielplätze, beispielsweise am Stöckerweg und im Park vorgenommen würde. Diese würden durch zerbrochene Flaschen und Hundekot stark verunreinigt, außerdem sei die Lärmentwicklung gerade in Abendstunden sehr hoch. Die Polizei könne hier nichts unternehmen, weil entsprechende Verbotsschilder nicht aufgestellt seien. Er rege an, entsprechendes zu veranlassen und eventuell eine Parkordnung zu erstellen. Dies könne in der nächsten Bauausschusssitzung behandelt werden. Der Vorsitzende führt hierzu aus, die von Herrn Becker geschilderten Probleme seien bekannt, er widerspreche aber der Darstellung, dass wegen fehlender Schilder dort nichts unternommen werden könne. Er werde diese Problematik mit der Verkehrspolizei abklären, die aber sicherlich auch personell nicht in der Lage sei, eine dauerhafte Überwachung durchzuführen. Die Installierung eines privaten Ordnungsdienstes scheidet sicherlich aus Kostengründen aus. Seitens der Gemeinde werde aber mehrmals jährlich über das gebotene Verhalten auf Spielplätzen und in Parkanlagen informiert, insbesondere im Hinblick auf Hundehalter. Das Problem von Hundekot und zerbrochenen Flaschen müsse nicht über eine gesonderte „Parkordnung“ geregelt werden, sondern sei eine Ordnungswidrigkeit, die auch jetzt schon geahndet werden könne. Die Angelegenheit werde ebenfalls wie beantragt in der nächsten Sitzung behandelt.
- m) Herr Becker, FWG,** fragt nach, ob nicht Altglas- und Papiercontainer im Neubaugebiet Ensdorf Süd aufgestellt werden könnten. Der Vorsitzende führt hierzu aus, es werde angestrebt, die Containerstandplätze parallel zur Aufwertung des Wertstoffhofes als Wertstoffzentrum abzubauen. Die Problematik dieser Containerstellplätze sei im Hinblick auf Verschmutzung und Lärmentwicklung an vielen Standorten in der Vergangenheit aufgetaucht. So habe bereits vor Jahren der Standplatz im Bereich Hohlstraße / Lauternweg und des Stöckerwegs aufgegeben werden müssen. Der EVS strebe im Übrigen an, die Papiereinsammlung zusammen mit Privaten zu übernehmen. Damit könne seines Erachtens komplett auf Papiercontainer verzichtet werden.
- n) Herr Becker, FWG,** wies darauf hin, dass ein Unternehmer in der Haldenstraße Anhänger und LKW dort abstelle und damit den kompletten Verkehr behindere. Der Vorsitzende führt hierzu aus, da die Fahrzeuge nicht auf Dauer, ohne Bewegung, dort abgestellt seien, stehe dieses Parken mit der Straßenverkehrsordnung im Einklang. Allenfalls könne problematisch sein, dass der Fußgängerweg teilweise mit benutzt werde. Dies sei aber auch, wie bekannt, in den meisten Straßen der Fall und werde nicht geahndet, da ansonsten in sehr vielen Fällen das Durchkommen der übrigen Verkehrsteilnehmer beträchtlich erschwert werde. Gerade im Bereich der Haldenstraße und des Stöckerwegs sei dies der Fall.
- o) Herr Becker, FWG,** erinnert daran, dass seine Fraktion seinerzeit dem Bau des Feuerwehrgerätehauses zugestimmt habe, dass aber im Hinblick auf die Errichtung einer Photovoltaikanlage die Angelegenheit erneut behandelt werden sollte. Herr Maas, Verwaltung, führt hierzu aus, Entscheidungen bezüglich der Photovoltaikanlage seien noch keine getroffen worden, der Ausschuss beziehungsweise Gemeinderat werde zu gegebener Zeit hiermit befassen.
- p) Auf Nachfrage von Herrn Becker, FWG,** was nach dem neuen Müllsystem ab Januar nächsten Jahres mit Ascheresten geschehen müsse, teilt der Vorsitzende mit, diese könnten, wie bisher, weiterhin über die Restmülltonne entsorgt werden, bei weiteren Rückfragen könnten die Mitarbeiter des EVS oder Frau Blaes, Verwaltung, gerne weiterhelfen.